

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen ausser...

Die achtzehnjährige Konterrevolution hat ihren Namen kehrt... Die deutsche Arbeiterbewegung...

Die Welt Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gewitterschwere Tage

Ausnahmegesetze eingeführt / Die Reichswehr liegt auf der Lauer

Triumph der Rache

W. I. B. meldet: Zur Aburteilung der mit der Aufbruchbewegung zusammenhängenden zahlreichen Straftaten...

Die Hege der reaktionären Presse hat also schon zu einem Erfolg geführt. Ebert setzt Ausnahmegesetze ein...

Die Ebertsche Ausnahmejustiz wird also eine Klassenjustiz schlimmster Art werden. Wir, die wir gegen das kommunistische Abenteuer aufgetreten sind...

Teilkämpfe im Wuppertal

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

In Elberfeld, Barmen, Jagen und im südlichen Westfalen herrscht Ruhe. Alle Betriebe arbeiten. Nur in Geselesberg, Milpe und Schwelm ist es zu Zusammenstößen gekommen...

Verhaftungen in Sachsen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Die Kommunisten verbreiteten gestern morgen in Dresden ein Flugblatt, in welchem sie zum „Sturm“ auffordern. Auch die Propagandisten der S. P. D. und der U. S. P. D. sollten dem unmittelbaren Kampf zu Hilfe eilen...

In der Nacht zum Dienstag wurden in Dresden 78 Kommunisten und 14 Kommunistinnen verhaftet und zwar im Zusammenhang mit der Putzsbewegung in Mitteldeutschland...

Eine reaktionäre Provokation

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 29. März.

Die Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehr gibt heute eine Notiz an die Presse, in der ein Schauer märchen über gemeinsame Aktionspläne der U. S. P. D. und U. S. P. D. erzählt wird...

Der Betrieb der Berliner „Roten Fahne“ wurde in München von der Polizeidirektion verboten. Die Münchener Drachpresse berichtet heute entgegen allen Berliner Denkmätern...

Durch das Verbot der kommunistischen „Roten Zeitung“ für die Dauer des Belagerungszustandes und durch die Verhaftung von drei Kommunisten hat die Münchener Polizei erreicht, was sie wollte...

In der Maschinenfabrik Massen verlangten die Kommunisten vom Betriebsrat die sofortige Proklamierung des Generalstreiks. Der Betriebsrat lehnte jede Einzelaktion ab...

Die Reichswehr in Bereitschaft

Berlin, 29. März.

W. I. B. teilt mit: Die Lage im Mitteldeutschen Aufbruchgebiet und im übrigen Deutschland ist heute in einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des preussischen Kabinetts unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eingehend auf Grund der erstatteten Berichte erörtert worden...

Das Ausland über den Putz,

St. Paris, 29. März.

„Daily Mail“ glaubt, daß an den Unruhen in Mittel- und Westdeutschland entweder die Alldemokraten oder die Moskauer Regierung die Verantwortung zu tragen habe. Die mühselige Unterdrückung des Aufstandes durch die Reichswehr zeige gleichzeitig, daß der Kommunismus in Deutschland keine realistische Aussicht auf Erfolg habe...

London, 29. März.

„Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel über die Kommunistenunruhen in Deutschland, es bestehe kein Grund, wegen dieser Unruhen eine Vergrößerung der Entlassung einzutreten zu lassen. Lloyd George habe mit gutem Grunde der Frage der Entlassung größte Wichtigkeit beigemessen...

Ruchenfresser und Parolendrescher

Hütet Euch vor Anarchisten und Lockspiegeln!

Als Extranummer der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“ ist gestern ein Flugblatt verbreitet worden, das die Berliner Arbeiter zur Teilnahme an dem Putz aufruft. Wir erfahren daraus, daß die rote Front sich außerordentlich entwickelt und jetzt ganz Deutschland umfaßt habe...

Wahet Aktionsausschüsse. Befehle die Betriebe. Legt alles lahm. Stört den kapitalistischen Apparat mit allen Mitteln. Praugeht mit aller Gewalt. Kämpft um den Betrieb. Entwirft die Konterrevolution. Holt Euch die Waffen, wo Ihr sie findet. Legt die Fuge lahm. Sicher Euch die Verbindung aller Aktionsausschüsse.

Nachdem den Berliner Arbeitern diese Parolen vorgelegt werden, fragt sie das Flugblatt:

Sind Ihr Hunde, die die Peitsche der Herren verdienen? Seid Ihr reinende Weiber, die Freiheit haben wollen ohne Kampf? Am Ostern zu feiern und Kuchen zu essen, laßt Ihr eure bis in den Tod kämpfenden Helden im Stich?

Die Berliner Arbeiter, die hier als Ruchenfresser beschimpft werden, können auf diese Fragen nur die eine Antwort geben: Das ist die Sprache von Lockspiegeln, das sind die Nebenarten von gefälschten Agenten der Bourgeoisie! Im übrigen kann dieses Flugblatt die Hamburger und mitteldeutschen Arbeiter, die sich von den Putzschritten vor die Gewehrmündungen der Schutzpolizei treiben lassen, gut als Helden feiern...

In welcher Weise auch die „Vereinigten Kommunisten“ mit dem Proletariat schindluder treiben, dafür einige Beispiele. In der Sonnabendausgabe der „Roten Fahne“ wurde bestritten, daß die kommunistische Partei Deutschlands in einem Flugblatt die Arbeiter aufgefordert habe, die Betriebe zu besetzen...

Die kommunistische Partei hat die Parole zum Generalstreik, die Parole heraus aus den Betrieben und zunächst keine andere ausgegeben. Diese Parole gilt es in eifriger Disziplin durchzuführen.

Diese Behauptung ist glatt erlogen. Im Stuttgarter „Kommunist“ vom 24. März konnte man folgendes lesen:

„Wir die Gegenrevolutionäre des Proletariats werden durch künstliche Betriebsbesetzungen, dann muß das Proletariat dem Beispiel der mitteldeutschen und Hamburger Arbeiter folgen und sich bemächtigend und die Betriebe besetzen.“

Noch deutlicher sprach das Gothaer „Volkswort“ in den Ausgaben vom Sonnabend, den 26. März, also zur selben Zeit, da die „Rote Fahne“ es bestritt, daß eine Parole zur Besetzung der Betriebe ausgegeben sei. Wir lesen dort wörtlich:

„Dann hat das Proletariat Deutschlands jetzt das Vorkampfgesicht mit den Hordenstruppen aufzunehmen und auszubeherrschen. — Streik, Generalstreik ist die Lösung! Über das Proletariat geht die Handfäule nicht aus der Hand. Verloßt die Betriebe nicht! Verwendet jede Beweismittel ihren Betrieb als ihre Waffe. Zieht sie die Arbeiterkassen heran an den Betrieb, daß sie einen lebenden Kordon bilden, einen Schutz gegen die Besetzung durch Ortschaft und Spies! Die Ihr noch heute in den Betrieben seid, organisiert Betriebskomitees, richtet Euch auf Belagerung ein — der verschämte Gegner ist immer im Vorteil! — Und die Maschinen, die Euch heilnde, menschenfressende Elendtiere waren, seien Euch nun Schild und Schw. Tuerer als Euer Leben ist ihre Existenz Euren Gegner, nehmt sie zu Hilfe! (denen denen in Eurer Hand ist. Es ist auch für uns ein schwerer Entschluß, Produktionsmittel vielleicht zerstören zu müssen — aber lieber die roten Maschinen, denn unsere lebenden Brüder. Halte fest, was Ihr habt! Wie heißt das alte Wort?)

„In nach der Lächerlichkeit kann kein Heil sein! Es wird an Euch liegen, daß man es Euch nicht entziehen! Durch die Besetzung der Betriebe zur Beschleunigung der Produktionsmittel, zur Erreichung der politischen Macht. Das sei in diesem Stadium des Kampfes die Lösung des heinsten Aufgabe des Proletariats!“

Hier wird also mit dürren Worten nicht nur die Besetzung der Betriebe verlangt und vor ihnen die Aufstellung der Arbeiterlosen als lebendigen Kordon gefordert, sondern darüber hinaus wird noch die Lösung ausgegeben, die Maschinen, die Produktionsmittel zu zerstören. Was hier den Arbeitern als kommunistische Parole vorgelegt wird, ist nichts anderes als Anarchismus in seiner primitivsten Form und hat mit Sozialismus nichts mehr zu tun.

Wir fragen die Arbeiter, die bisher den Kommunisten gefolgt sind, weil sie des Glaubens waren, daß diese

Die neue Einkommensteuer

III

Mit der Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz wird der erste Schritt zur Revision der Erbschleichen Finanzgesetzgebung getan. Ein zögernder, unvollkommener Schritt, aber einer, dem andere folgen müssen und folgen werden. So charakterisiert der demokratische Exminister G o t t e i n, einer der wüsten Gegner der Besteuerungsgesetzgebung, die Revision des Einkommensteuergesetzes. Er leitet aus der Herabsetzung der Tariffälle für die unteren Einkommenstufen die Hoffnung her, bei günstiger Gelegenheit bessere Aussichten für den Generalangriff auf die Besteuerung zu haben. Er beklagt deshalb die weitgehenden Zugeständnisse, die den Sozialdemokraten und den Arbeitervertretern des Zentrums in der Novelle gemacht worden sind, und bezeichnet es als einen schweren taktischen Fehler, daß sie nicht zur Durchdringung der anderen unbedingt notwendigen Reformen ausgeht wurden.

Goldheims Klageruf deutet die Absichten restlos auf, mit denen die bürgerlichen Parteien an die Beratung der Novelle gegangen sind, und die verhindert zu haben die beiden sozialdemokratischen Parteien als ihr Verdienst ansetzen können. Nicht aus irgendwelchen sozialen Empfinden heraus, ist die Ermäßigung der Steuerfälle von den bürgerlichen Parteien bei den unteren Einkommenstufen zugestanden worden, sondern in der Hoffnung, für diese Milderungen auch für die Besitzenden herauszuschlagen zu können. Diese Absicht aber wurde durchkreuzt. Es ist sowohl verhindert worden, daß für die Veranlagung der Besitzenden das Jahr 1918 mit seinen niedrigeren Geldwerten zugrunde gelegt wird, als auch der Versuch durchkreuzt worden, die einmaligen Einnahmen dem ungemein niedrigen Steuerfuß von 10 Prozent zu unterwerfen, anstatt sie bis zu 60 Prozent zu besteuern. Die Anrechnung des Mindereinkommens eines Jahres auf das Einkommen des folgenden Jahres konnte ebenfalls vereitelt werden. Ebenso die Freilassung des Spekulationsgewinns, so daß die Besitzenden eigentlich nur die Erweiterung der Abschreibungen und Rücklagen sowie die Anrechnungsfähigkeit der Aufwendungen für den Kleinwohnungsbau als ihren Erfolg buchen können.

So beträchtlich diese Erfolge auch sind, so bleiben sie doch wesentlich hinter den Erwartungen des Bürgerturns zurück. Sie haben deshalb jetzt ihre Hoffnung auf die Zukunft gerichtet, aber wahrscheinlich vergeblich, weil die Arbeiterschaft die Absichten der Besitzenden erkannt hat und künftig noch machbarer sein wird, als jetzt.

Von welcher Bedeutung die Verringerung der Tariffälle, insbesondere für die unteren Einkommensteuerschichten, ist, das geht aus der folgenden Tabelle hervor: Sie enthält, soweit die Angaben für die Steuern sich auf das bisherige Gesetz beziehen, bereits die Berücksichtigung der steuerfreien Einkommensteile (1500 Mark die erste Person und je 500 bzw. 700 Mark für die weiteren Personen). Bei der Berechnung der Steuer nach der neuen Fassung sind die von dem errechneten Steuerbeträge abzuziehenden seitigen Beträge ebenfalls abgezogen. Und zwar bei Einkommen bis zu 60 000 Mark 120 Mark für jede Person. Für 1921 wird die Steuer um je 60 Mark für jedes minderjährige Kind geringer, da von diesem Jahr an statt 120 Mark 180 abgezogen werden dürfen. Es beträgt danach die Steuer:

Bei einem Einkommen von	für 1 Person mit 1 Hauptverdienungspl. Def.		für 1 Person mit 2 Hauptverdienungspl. Def.		für 1 Person mit 3 Hauptverdienungspl. Def.		für 1 Person mit 4 Hauptverdienungspl. Def.	
	nach dem bisher. Def.	nach dem Def.	nach dem bisher. Def.	nach dem Def.	nach dem bisher. Def.	nach dem Def.	nach dem bisher. Def.	nach dem Def.
4 000	270	280	210	160	60	—	—	—
6 000	580	490	460	380	282	120	122	—
8 000	830	680	750	560	544	320	358	80
10 000	1 170	880	1 080	780	848	520	680	250
12 000	1 550	1 080	1 450	980	1 260	720	1 060	480
14 000	1 970	1 280	1 860	1 160	1 680	920	1 480	680
16 000	2 480	1 480	2 310	1 360	2 080	1 120	1 860	880
18 000	2 925	1 680	2 800	1 560	2 550	1 320	2 310	1 080
20 000	3 440	1 880	3 310	1 760	3 050	1 520	2 600	1 280
22 000	3 975	2 080	3 840	1 960	3 570	1 720	3 010	1 480
24 000	4 530	2 280	4 390	2 160	4 110	1 920	3 340	1 680
26 000	5 100	2 480	4 970	2 360	4 690	2 120	3 700	1 880
30 000	6 305	3 480	6 190	3 360	5 880	3 120	5 580	2 880
35 000	7 880	4 780	7 720	4 610	7 400	4 370	7 080	4 180
40 000	9 540	6 280	9 370	6 110	9 030	5 570	8 700	5 680
45 000	11 275	7 980	11 100	7 860	10 750	6 720	10 400	7 350
50 000	13 090	9 880	12 880	9 860	12 520	8 920	12 160	9 880
60 000	16 780	14 480	16 590	14 350	16 210	14 120	15 230	13 880

Die tatsächliche Steuerleistung im Jahr 1920 aber ist noch geringer, weil Werbungskosten mit mindestens 1800 Mark, d. h. 180 Mark Steuerleistung in Abzug gebracht werden können.

Wenn die Anträge der Unabhängigen und der Rechtssozialisten Annahme gefunden hätten, die eine Verdoppelung der abzugsfähigen Beträge von 120 Mark auf 240 Mark bezweckten, um wenigstens für kinderreiche Familien ein unbedingt notwendiges Existenzminimum von der Steuerleistung frei zu lassen, dann wäre z. B. bei einer sechsköpfigen Familie ein Einkommen einschließlich der abzugsfähigen Werbungskosten von 16—17 000 Mark völlig steuerfrei gewesen. Dieser Antrag stellte deshalb eine weit bessere Formulierung der Forderungen der Arbeiterklasse dar, als der nur Heiterkeit hervorruhende Antrag der Kommunisten, der die Festsetzung der Höhe eines steuerfrei bleibenden Existenzminimums den künftigen statistischen Ämtern bzw. anderen vom Reichsfinanzminister zu bestimmenden Organen überlassen wollte. Da behördliche Organe stets die Neigung haben, die fiskalischen Interessen über die sozialen zu stellen, so wäre bei der Annahme dieses Antrages mit Sicherheit zu erwarten gewesen, daß ein Existenzminimum festgesetzt worden wäre, das hinter den steuerfreien Beträgen zurückbleibt, wie sie jetzt beschlossen wurden.

Wie unüberlegt dieser Antrag war, der, wie sein Begründer hervorhob, bereits im vergangenen Jahr (1) entworfen worden ist, und vielleicht für die damalige Situation gepaßt hat, aber keineswegs für die jetzige, geht aus der Tatsache hervor, daß er für die ersten angefangenen 20 000 Mark Einkommen einen Steuerfuß von 15 Prozent vorsah, anstatt der vorgeschlagenen und beschlossenen 10 Prozent, wodurch unter Umständen selbst bei einer Familie von sechs Köpfen bei einem steuerfreien Einkommen von 12 000 Mark eine höhere Belastung eintreten würde, als bei den jetzt beschlossenen Sätzen. Diesem widersprüchlichen Antrage der Kommunisten, der nur aus dem Wunsch entstanden war, zu sein, daß die Kommunisten auch da sind, ohne aber seine Wirkung zu überlegen, verlagte deshalb die Unabhängige Fraktion ihre Zustimmung.

Ihre Haltung war von Anfang an von dem festen Willen geleitet, die ungeheuer drückenden Steuerlasten für die geringeren Einkommen zu mildern, dabei aber doch zu verhindern, daß die Besitzenden aus dieser Situation für sich Vorteile

zogen. Und wenn auch die Forderungen der Arbeiterklasse nicht restlos verwirklicht worden sind, und die Absichten der Besitzenden nicht restlos verhindert werden konnten, so ist doch die Möglichkeit geschaffen worden, daß bei der Beratung des Lohnsteuergesetzes, das in den nächsten Monaten dem Reichstage vorgelegt wird, eine weitere Berücksichtigung der Forderungen der Arbeiterklasse, insbesondere bei Festsetzung der Höhe Werbungskosten durchgesetzt werden, und daß erreicht wird, daß die über den Steuerabzug hinausgehenden Steuerleistungen als erfüllt angesehen werden.

Die auswärtige Politik Amerikas

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die unter Wilsons Präsidentschaft in den Weltkrieg eingetreten sind, und dadurch der Seite der Alliierten gebracht haben, sind seit den Tagen des Waffenstillstandes und der Pariser Friedenskonferenz dem anderen Alliierten gegenüber in die diplomatische Defensive geraten. Das hat seine Gründe in erster Linie in den durch den Krieg völlig umgewandelten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Amerikas gegenüber Europa. Mit der Steigerung seiner finanziellen Kraft, mit der großen Ausdehnung seiner produktiven Kräfte und mit dem Ausbau seiner Handelsflotte, mit denen Amerika statt des finanziellen und politischen Glanzes der europäischen Staaten aus dem Kriege hervorging, war es unweigerlich in den Strudel der Weltpolitik hineingezogen, die vor dem Kriege fast ausschließlich von den großen Industriestaaten Europas beherrscht wurde. Die Annahme, daß sich Amerika wieder auf seine eigenen Angelegenheiten zurückziehen werde, ist deshalb falsch. Es steht nur in einem ganz anderen Verhältnis zum europäischen Problem, als seine ehemaligen Verbündeten jenseits des atlantischen Ozeans. Und dieses andere Verhältnis, das sich sowohl aus der räumlichen Entfernung, vor allem aber aus der veränderten ökonomischen Stellung der Vereinigten Staaten ergibt, hat einen gewissen Gegensatz zwischen dem Dollarlande und den Alliierten geschaffen.

Die kompakte Majorität der übrigen Alliierten machte ein erfolgreiches Arbeiten im Obersten Rat, in der Wiedergutmachungskommission, im Völkerbund und in anderen Organisationen der alliierten Mächtegruppe unmöglich. So jog Amerika nach und nach überall seine Vertreter zurück. Das bedeutet nun keineswegs, daß Amerika etwa auf die Teilnahme an der europäischen Politik, an der Umorganisation der Politik und Wirtschaft verzichtet leistet. Im Gegenteil. Amerika machte sich die Hände frei, entband sich aller Mitverantwortlichkeit und macht nun seine Politik. Auf diese Weise kann es sich ungehindert mit Japan, das ja auch im Rate der Alliierten sitzt, auseinandersetzen. Es kann ungehindert seine militärischen und maritimen Pläne verwirklichen. Es kann seiner finanziellen Vormachtstellung die politischen Grundlagen schaffen.

Wie sehr die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten auch unter der neuen Präsidentschaft diese Linie verfolgt, zeigt folgende Note an alle Staaten der Welt:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an alle Staaten der Welt, besonders aber an die Alliierten eine Note gerichtet, in der erklärt wird, daß die Vereinigten Staaten ihren Anteil an der Festlegung aller Bestimmungen sich vorbehalten, die sich auf die Beendigung des Kriegszustandes beziehen. Ferner wird gesagt, daß die Vereinigten Staaten keinerlei Verringerung anerkennen können, an der sie nicht selbst beteiligt sind. Die Vereinigten Staaten nehmen bei den Alliierten Staaten die Neigung wahr, sie bei der Festlegung gewisser Fragen auszuschalten und die Alliierten sehen Bestimmungen zur endgültigen Regelung von Angelegenheiten, die mit dem Kriege im Zusammenhang stehen, in einer Weise fest, als ob die Vereinigten Staaten nicht dazu beigetragen hätten, daß der Krieg eine glückliche Wendung genommen habe. Die Alliierten sind zweifellos von einem Mißverständnis befangen, wenn sie annehmen, sie dürfen internationale Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken regeln, ohne die Vereinigten Staaten zu befragen. Die Vereinigten Staaten behalten sich ausdrücklich dieses Recht vor, und sie können endgültige Abmachungen nicht anerkennen, bevor nicht ihre Zustimmung eingeholt ist.

Nach dieser Note ist mit einer aktiven, selbständigen Weltpolitik Amerikas zu rechnen, die auch nicht ohne Einfluß auf die Wiedergutmachungsfrage bleiben dürfte.

Der Handel mit Reparationskohle

In einer Note an die Reparationskommission in Paris macht die deutsche Regierung die Feststellung, daß nach zuverlässigen Mitteilungen in letzter Zeit Verläufe von Reparationskohle durch die alliierten Empfangsländer in erheblichem Umfange stattgefunden haben. Es handelt sich um große Mengen, so in einem Falle um 40—50 000 Tonnen, in einem anderen Falle um 10 000 Tonnen. Die Note der deutschen Regierung führt die offiziellen Stellen der alliierten Reparationsbehörde an, von denen in den einzelnen Fällen die Verläufe ausgeführt worden sind, und fügt hinzu, daß sich Anfang März etwa 50 000 Tonnen Reparationskohle unentladen in Räumen in Rotterdam befanden haben. Die Note der deutschen Regierung führt fort:

„Die deutsche Regierung hat in der Note vom 6. 12. v. J. durch Vermittlung der Deutschen Kriegskostenkommission ohne Widerspruch der Reparationskommission ihren grundsätzlichen Standpunkt wiederholt dahin zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland etwaigen Austauschgeschäften mit Reparationskohle zustimmen und an den daraus entstehenden Vorteilen beteiligt werden muß. Noch weit weniger, als derartigen Austauschgeschäften kann Deutschland dem Verkauf von Reparationskohlen in der oben geschilderten Art zustimmen. Die Absicht des Friedensvertrages war, den Alliierten das Kontingent ihrer früheren Importe aus Deutschland sowie den Ausfall der zerstörten Erden zu ersetzen durch Aufbringung von Pflanzleistungen an Deutschland.“

Die Reparationskohlen sollen also der Wirtschaft der beteiligten Mächte nicht zugute kommen und nicht Gegenstand von Handelsgeschäften werden. Mit folgenden Worten legt die Note dagegen Verwahrung ein:

„Wegen des gegenseitigen von einzelnen Regierungen eingeschlagenen Verfahrens muß die deutsche Regierung um so mehr Verwahrung einlegen, als sie, wie es die Tatsachen ergeben und wie sie der Reparationskommission wiederholt mitgeteilt hat, trotz aller Bemühungen nicht in der Lage ist, die Kohlenlieferungen, die ihr anverlangt sind, voll zu erfüllen. Wie auch an dieser Stelle hervorgehoben werden muß, kommt noch hinzu, daß immer häufiger Anforderungen an Sorten und Qualitäten der zu liefernden Menge gestellt werden. Dem Einspruch der deutschen Regierung gegen Höhe und Art dieser Auflagen ist bisher unbefriedigend geblieben. Um so weniger ist es für sie erträglich, wenn andererseits ohne Beteiligung Deutschlands und noch dazu unter Preis über erhebliche Teile derjenigen Reichsmengen, welche sie unter schweren Schädigungen der eigenen Wirtschaft alliierten Ländern zugeführt, verfügbar wird.“

Die oberschlesische Frage

In der „Welt am Montag“ bespricht H. von Gerlach das Problem Oberschlesiens, und er kommt zu der gleichen Auffassung, die wir vertreten haben: Deutschland muß sich mit Polen zu verständigen suchen. Er nennt vier Möglichkeiten, die sich nach der Abstimmung ergeben haben. Die eine Möglichkeit, Oberschlesien zum selbständigen Staat zu machen, würde zwar höchste staatsmännische Weisheit bedeuten, sie komme aber nicht in Betracht, da ein solcher Schritt eine Staatsmannschaft voraussetze, die von jedem Augenblicke an der nationalitätlich erzeugten Massen absche. Die Abtretung ganz Oberschlesiens an Polen sei ganz unmöglich. Unendlich unwahrscheinlich sei die Befassung ganz Oberschlesiens bei Deutschland. Es bleibe also nur die Aufteilung Oberschlesiens. Es sei nutzlos vergebene Kraft, wenn man sich gegen die Ausführung des von uns unterzeichneten Vertrages sträube, und sich jetzt auf die Formel von der Unteilbarkeit Oberschlesiens versteife. Gerlach kommt zu folgendem Schluß:

Unsere Haltung in dem jetzigen kritischen Augenblicke kann von entscheidender Bedeutung werden für die ganze künftige Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland. Die nationalen Leidenschaften haben und drücken sich durch die Abstimmungspropaganda aus höchste aufgeschüttelt. Nun handelt es sich darum: Del ins Feuer oder Del auf die Wogen? Bequemer ist es, mit dem Strom zu schwimmen. Gewissenhafter aber scheint es mir, zur Vernunft zu mahnen und an die Zukunft zu denken.

Polen hungert nach Waren. Der deutschen Industrie eröffnen sich hier gewaltige Absatzmöglichkeiten, wenn die Politik sie ihr nicht künstlich verschließt. Wichtiger als einige Duzend Quadratmeilen noch so wertvollen Landes, das von polnischen Weidweiden bewohnt ist, scheint mir die offene Tür nach ganz Polen.

Nicht weitere Verschärfung des Gegensatzes zu Polen, sondern Ausmerzung aller Schwierigkeiten und Einleitung einer dauernden Verständigungspolitik, das ist die Aufgabe, die die deutsche Regierung zu erfüllen hat. Nur auf diese Weise kann das oberschlesische Problem so gelöst werden, daß weder das deutsche noch das polnische Volk nachteiligt wird.

Der Parteitag der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Southport, 29. März.

Nachdem der Parteitag nach einer sehr eingehenden Debatte den Anschluß an Moskau verweigert hatte, beschloß er den Anschluß an die Internationale sozialistische Arbeitergemeinschaft und die Annahme des Wiener Programms mit einem Stimmverhältnis von zehn zu eins.

In der inneren Politik wurde die schärfste Opposition gegen die imperialistische Regierung beschlossen, die die britische Wirtschaft ruinieren und eine Gefahr für die Arbeiterbewegung bilde. Der Parteitag sprach sich für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht Irlands aus. In einer weiteren Entschließung forderte er die sofortige Revision der Friedensverträge in einer Weise, die allen Nationen die gleichen Möglichkeiten ihrer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sichert.

Sozialdemokratischer Kulturtag

Am 24. und 25. März fand in Dresden der erste sozialdemokratische Kulturtag Deutschlands statt. Es waren über 400 sozialdemokratische Lehrer aus allen Gegenden Deutschlands anwesend, Vertreter der Bildungs- und Jugendverbände, Vertreter der landwirtschaftlichen, preussischen, braunschweigischen und sächsischen Regierung, der sozialdemokratischen Reichstagsdelegation und zahlreicher Landtagsfraktionen, der Dresdener Stadtdirektion sowie des sächsischen und des Dresdener Lehrervereins.

Der Genosse Fleißner begrüßte als sächsischer Kultusminister die Versammlung. Er machte besonders auf die Hemmnisse aufmerksam, die durch die Reichsverfassung einer durchgreifenden sozialistischen Schulrevolution in den Weg gelegt worden sind, und schloß seine Rede mit folgenden Worten:

„Aber was innerhalb der unübersteiglichen Grenzen getan werden kann, muß getan werden. Vergessen Sie nicht, daß wir erst im Anfang großer Kämpfe auf diesem Gebiet stehen (Sehr richtig!), daß hier ein großer Berg vor uns liegt, den wir zu überwinden haben. Vergessen Sie nicht, daß der Kampf ein eminent politischer Kampf ist. (Sehr wahr!) Dort, wo wir durch eine Mehrheit imstande sind, die Dinge vorwärts zu bringen, sehen wir einen Zusammenstoß des gesamten Bürgertums gegen diese Schreibern. (Sehr richtig!) Auch die Demokraten sind in dem Augenblicke gegen uns, wo die Gefahr vorhanden ist, daß durch eine sozialdemokratische Mehrheit der bürgerlichen Gesellschaft Schaden zugefügt wird. Ich darf hoffen, daß die fortgeschrittenen Lehren in diesem Kampfe gute Dionisee sein werden!“

Aus den Referaten ist hervorzuheben ein Vortrag von Kadebruch-Riel über die weltliche Gemeinschaftsschule, ein Referat von Hugo Hartmann über die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts und Ausführungen des Lehrers Schulz-Hamburg über sozialistische Bildungsarbeit und Lehrerschaft. Lothmann-Berlin legte ein Schulprogramm vor und hielt ein Referat darüber. Dieses Programm wurde besonders von Oestreich-Berlin (Hart) angegriffen, und die Versammlung war einmütig der Auffassung, daß das Programm in der vorgelegten Form nicht angenommen werden könne, sondern durch eine Kommission umgearbeitet werden müsse.

So weit sich nach den knappen Berichten ein Urteil über das Programm Lothmanns abgeben läßt, haben auch wir den Eindruck, daß dieses Programm kein sozialistisches Schulprogramm ist, sondern in seinen Zielen von den Schulreformvorstellungen vornehmlich demokratischer Schulmänner in manchen Punkten übertrifft wird. Eine Umarbeitung kann also nichts schaden, nur sind wir nicht über, ob man sich der Hoffnung hingeben darf, daß die beschlossene Umarbeitung sich in der Richtung auf eine wirkliche sozialistische Schule bewegen wird. Es kann ebenso gut umgekehrt sein. Interessant ist, daß Konrad Haenisch auf dem Kulturtag seiner Partei geschwiegen hat.

Exlatzer Karl in Ungarn. Gerüchte, wonach der ehemalige Kaiser Karl während der Osterferien auf ungarischem Boden weilte, bestätigen sich. Sicher ist, daß der Kaiser in Steiermark als Gast des Obersten Robert Lehner, eines Bruders des gleichnamigen Kommunisten, weilte. Man vermutet, daß der frühere Kaiser die Reise nach Ungarn im Automobil zurückgelegt hat und inzwischen bereits wieder im Automobil ins Ausland gelangt ist.

Linanol vorzüglich
bei rheumatischen Erkrankungen
zu haben in den Apotheken

Wohnungsnot und Baustoffwucher

Eine kürzlich vom Industriebeamten-Berlag herausgegebene Schrift des Architekten Heinrich Kaufmann in Berlin befaßt sich eingehend mit der Frage der Beseitigung der Wohnungsnot. Obwohl hierüber zahlreiche Vorschläge von Wohnungspolitikern schon vorliegen, unternimmt es der Verfasser, unterstützt durch Mitarbeit eines erfahrenen Bauingenieurs, einen Weg zu zeigen, der bei einigem guten Willen der Gesetzgeber praktisch beschritten werden kann, um ein Bauprogramm zu schaffen, das weitgehendstes Interesse erwarten kann. Wir wollen daher nicht unterlassen, auf die von ihm gemachten Vorschläge einzugehen.

Berücksichtigt man, daß in Deutschland der Fehlbeitrag an Wohnungen in den letzten sieben Jahren, wo so gut wie nicht gebaut wurde, 840 000 beträgt und nimmt demgegenüber die ungeheure Zahl der Arbeitslosen, die täglich noch immer wächst, so liegt der Gedanke nur zu nahe, diese beiden großen Volksnöte gegeneinander zu setzen. Durch Befreiung der Bauwirtschaft ist die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, und auf der anderen Seite ist durch produktive Beschäftigung der Arbeitslosen, vor allem der Bauhandwerker und der Techniker, die Wohnungsnot zu beseitigen. Durch einen allgemeinen Aufschwung des Baugewerbes und der dazu gehörigen zahlreichen Nebenbetriebe würde unser ganzes Wirtschaftsleben belebt werden können. Namentlich wenn man bedenkt, daß Deutschland genügend Baustoffe im Lande hat und somit völlig unabhängig vom Auslande ist, müssen wir uns fragen, warum bauen wir nicht.

Die oben erwähnte Schrift weist nun nach, wie unzulänglich das bisherige Verfahren der Baustoffenzuschüsse sich erwiesen hat. Die hierfür bewilligten Gelder fließen zum größten Teil in die Taschen der Spekulanten auf dem Baumarkt und der Schleher und Wucherer in der Baustoffindustrie und bewirken ein immer weiteres Steigen der Baupreise. Die stete Aufwärtsentwicklung der Preise während des Krieges zeigt uns ein Kapitel der Schrift Kaufmanns über „Baumaterialien“. Besonders traghaft ist die Steigerung der Baustoffpreise in der Zementwirtschaft, wie die nachfolgende Tabelle zeigt. Von der Reichsstelle für Zement wurden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. 1. 17, die den Zementverbrauch rationierte, folgende Zementhöchstpreise festgesetzt.

Für 10 000 kg ab Werk ohne Verpackung vom

1. 1. 17—30. 6. 17 — 465 M.	1. 10. 19—30. 11. 19 — 1603 M.
1. 7. 17—30. 9. 17 — 550 „	1. 12. 19—31. 12. 19 — 1662 „
1. 10. 17—30. 9. 18 — 735 „	1. 1. 20—31. 1. 20 — 1784 „
1. 10. 18—31. 3. 19 — 805 „	1. 2. 20—29. 2. 20 — 2300 „
1. 4. 19—30. 4. 19 — 955 „	1. 3. 20—31. 3. 20 — 3900 „
1. 5. 19—14. 8. 19 — 1205 „	1. 4. 20—31. 7. 20 — 4081 „
15. 8. 19—31. 7. 19 — 1235 „	1. 8. 20—31. 10. 20 — 3400 „
1. 8. 19—30. 9. 19 — 1535 „	1. 11. 20—3. 1. 21 — 3900 „

Danach haben die ersten niedrigen Preise ein halbes Jahr angehalten und dann begann ein allmähliches Ansteigen, das im Jahre 1919 schneller wurde und im Frühjahr 1920 mit einem Sprung nach oben schnellte. Der Grund für solche Preisentwicklung liegt darin, daß die wirtschaftlichen Verbände der Zementindustrie Millionen aufwenden, um stillgelegte Zementfabriken dafür zu entschädigen, und ferner Abschlagssummen an Kapitalisten zahlen, damit diese die Errichtung neuer Zementfabriken unterlassen. Während sich in früheren Jahren eine scharfe Konkurrenz unter den Baustoffherzeugern bemerkbar machte, steht seit Beginn des Krieges fast die gesamte Erzeugung unter der strengen Aufsicht von Konzernen, Ringen und Syndikaten, deren Aufgabe es ist, allen angeschlossenen Unternehmungen einen möglichst hohen Gewinn zu gewährleisten. Da es sich dabei nicht immer um gleich gut entwickelte Betriebe handelt, wird bei Festsetzung der Preise auch auf die am ungünstigsten arbeitenden Werke Rücksicht genommen. Dadurch ist es auch möglich gewesen, daß Werke, die kaum mehr als 20 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit ausnutzen, erhebliche Gewinne machen und im Jahre 1919 sogar Dividenden bis zu 25 Prozent auszahlen konnten. Würden nun, wie Kaufmann meint, die besten Fabriken in ihrer vollen Leistungsfähigkeit ausgenutzt, so wäre ein bedeutend billigerer Herstellung des Zements möglich.

Die auf diese Weise künstlich verteuerten Baumaterialien werden noch erheblich weiter gesteigert durch den immer umfangreicher werdenden Zwischenhandel. Es lagen noch immer Kleinmengen Baumaterial auf den Plätzen kapitalkräftiger Besitzer, die auf eine kommende Hochkonjunktur warten, um ihr Geschäft zu machen.

Aus alledem erseht man, wie notwendig es ist, daß das Bauwesen planmäßig organisiert werden, daß an die Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft die Gemeinwirtschaft treten muß, die allein den Aufbau ermöglicht.

Auch in der Ziegelwirtschaft werden die gleichen Wucherpreise gefordert. So werden heute für 1000 Stück Ziegelsteine 330 bis 390 M. verlangt. Daß das Wucherpreise sind, weiß Kaufmann in seinen Berechnungen nach. Bei rationeller Ausnutzung aller Fabrikationsmöglichkeiten läßt sich der Preis für 1000 Stück auf 165 M. herabsetzen. Kaufmann kommt zu diesem Einheitspreis, da, wie er schreibt, die Selbstkosten bei der Ziegelherstellung zum größten Teil aus Arbeitslöhnen bestehen. Diese sind aber nur um das Achtfache der Friedenslöhne gestiegen. Im Jahre 1914 betrug der Selbstkostenpreis für 1000 Steine noch 15 M., so daß bei achtfacher Steigerung der Löhne 120 M. als jetziger Selbstkostenpreis gelten müßte. Dazu kommen die Kosten für Brennmaterial. Sie haben die Friedenshöhe 16 mal überschritten und danach würde sich — für 200 Kilogramm — ein etwa um 50 M. höherer Ziegelpreis ergeben. Das wären insgesamt 170 M., also die Hälfte des gegenwärtigen Tagespreises. Wenn man dann noch damit rechnet, daß die Sozialisierung des Kohlenbergbaues alsbald erfolgen muß, könnte noch eine weitere Verbilligung in der Herstellung erreicht werden, indem dem gemeinwirtschaftlich betriebenen Wohnungsbau Vorzugspreise eingeräumt werden würden.

Da von den Ziegelstingen nicht erwartet werden kann, daß sie freiwillig den Einheitspreis herabsetzen, andererseits aber ein Bauprogramm, wie es Kaufmann vorschlägt, nur durchgeführt werden kann, wenn alle Baustoffe bei einwandfreier Beschaffenheit zu niedrigen Preisen hergestellt werden, bezeichnet Kaufmann

als den einzigen Ausweg der Enteignung der notwendigen Ziegeleien und Zementfabriken und Schaffung einer gemeinwirtschaftlichen Form in der Art eines Zwangsindikats unter weitgehender Mitwirkung der Arbeitnehmer und Verbraucher.

Ähnlich wie in der Ziegelwirtschaft schildert Kaufmann die Verhältnisse bei allen anderen Erzeugerbetrieben für Baumaterial, insbesondere auf dem Holzmarkt, bei der Eisenherstellung, Farbe- und Glasfabrikation. Auch die hierfür in Frage kommenden Unternehmungen will er auf gleiche oder ähnliche Weise zwangsweise zusammenschließen, um so die Betriebsfähigkeit für die Zwecke des Bauprogramms zu sichern.

Für die Finanzierung des Bauprogramms veranschlagt Kaufmann etwa 118 Milliarden und schlägt für die Beschaffung dieser gewaltigen Summe eine Reichsbauanleihe als Zwangsanleihe vor, deren Einzelheiten noch der genauen sachmännlichen Prüfung bedürfen. Als Gegenwert stände der Anleihe der Mietwert der Wohnungen gegenüber, der nach Durchführung des Programms jährlich über eine Milliarde beträgt. Weiter läme hinzu, daß das Reich nicht unerhebliche Summen an Arbeitslosenunterstützung ersparen würde.

Man sieht aus alledem die Notwendigkeit der gemeinwirtschaftlichen Organisation des Bauwesens. Auf dieser Grundlage, die von den Arbeiter- und Angestelltenverbänden der Bauindustrie bereits vorbereitet wird, ist eine Gründung allein möglich. Ein Vorschlag hierzu ist vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den an dieser Frage interessierten Gewerkschaften ausgearbeitet. Die Bewirtschaftung der Baustoffe soll einer Reichsbauoffiziersgemeinschaft übertragen werden, die aus Arbeitnehmern aus den Baustoff erzeugenden Industrien und aus Vertretern der Baustoffherzeuger und -händler bestehen soll. Ihm soll insbesondere das Recht zustehen: 1. Erwerb und Enteignung von Baustoffbetrieben, sowie von Baustoff-, Roh- und Fertigfabrikaten, 2. Kontrolle über Ein- und Ausfuhr von Baustoffen, 3. Festsetzung von Höchstpreisen, 4. Abschluß von Zwangslieferungsverträgen und Bildung von Zwangslieferungsstellen, 5. Kohlenverteilung an die Baustoffherzeugungsbetriebe, 6. Produktionsausgleich zwischen den bezirkslichen Baustoffmärkten und Absatzgebieten, 7. Erhebung von Abgaben, vorzunehmen.

Es ist eine der dringendsten Forderungen der Zeit, daß sich die Gesetzgebung in größter Eile diesem Gebiet zuwendet und in Gemeinschaft mit den Arbeiterorganisationen ans Werk geht. Die Not des Volkes kann ein längeres Hinhalten des gegenwärtigen unerträglichen Zustandes nicht mehr dulden.

Gewerkschaftliches

Rundschreiben an alle Betriebsräte des A. E. G.-Konzerns

Die letzten Ereignisse in den Betrieben unseres Konzerns machen es uns zur Pflicht, allen arbeitnehmenden Kollegen erneut den Beschluß des Gesamtbetriebsrats vom 21. März 1921 ins Gedächtnis zu rufen. Er lautet:

„Aktionen jeder Art sind vor ihrer Ausführung dem Gesamtbetriebsrat vorzulegen.“

Kollegen! Laßt Euch nicht irreführen, sondern folgt den Beschlüssen Eurer selbstgewählten Funktionäre. Nur diese können ermessen, auf welche Art Arbeitslosigkeit und weiteres Unheil von Euch ferngehalten wird.

Berlin, den 30. März 1921. Der Gesamtbetriebsrat. J. A. Koch.

Das Problem der Kurzarbeit

Ueber diese aktuelle Frage ließ sich im Korrespondenzblatt Nr. 11 der rechtssozialistische Volkswirtschaftler Dr. Alfred Striemer aus und versuchte auf seine Art dieses Problem zu lösen. Wie er das anstellt, wollen wir in Kürze wiedergeben: Wirtschaftstheorien dürfen vor allem — nach Striemer — nicht mit dem Gefühl beantwortet werden. „Entscheidend für den Pulsschlag der Wirtschaft und für den Anteil jedes Volksgenossen ist die Höhe der Warenpreise.“ Striemer stellt fünf Forderungen für seine so furchtbar einfache Idee auf und bemerkt, daß sozialpolitische Bedenken gegenüber wirtschaftlichen Notwendigkeiten zurücktreten müssen. Die Einstellung von Arbeitslosen würde wohl „eine sehr bedeutende moralische Wirkung ausüben“, aber der Zweck der Arbeitsstreuung über „wirtschaftlich einen höchst ungünstigen Einfluß aus“, denn die Furcht seitens der Arbeiter, noch länger arbeiten zu müssen, drückt die Arbeitsleistung derselben erheblich herab. Die Kurzarbeit bringe eine augenblickliche Hilfe nur denen, die in größter Not sich befinden, bedeute aber einen „Rückschritt“, der uns in noch schlimmere Verhältnisse bringen kann.“ Soweit Striemer in seinem äußerst ansehnlichen Aufsatz.

In der darauffolgenden Nr. 12 des Korrespondenzblattes kommt Paul Umbreit auf das Ei des Kolumbus, das Striemer legte, zurück. Die Frage der Kurzarbeit ist in erster Linie eine soziale Frage und die sozialpolitischen Interessen sind als die wichtigeren anzusehen und „wirtschaftliche nachteilige Folgen müßten um der ersteren willen in Kauf genommen werden“. Der Zweck der Sozialpolitik ist, rechtzeitig einzugreifen, geeignete Maßnahmen zu treffen und einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Wenn die Kurzarbeit nachteilig auf die Arbeitsleistung gewesen sein soll, „wie der Verfasser der höchsten Arbeitsleistung annimmt“, so lag es nicht an den Arbeitern, sondern an der Organisation der Arbeit. Es muß vermieden werden, zwei Klassenklassen, Dauerbeschäftigte und Dauerarbeitslose zu schaffen. Das Gemeinwohl des ganzen Volkes darf nicht auf Kosten eines Volksteiles durchgesetzt werden. Einem geschwächten Organismus darf man überhaupt keine Höchstleistungen zumuten und man kann nicht „darin denken, einen wesentlichen Teil des Volkstörpers zu amputieren und den anderen verbliebenen Teil in die Arbeit einzupflanzen“. Denn dies würde die Katastrophe bedeuten. Und Umbreit schließt mit folgendem Satz: „Mögen alle unsere führenden Volkswirtschaftler nicht unsozialer sein, als die am meisten betroffene Arbeiterschaft selbst, sondern mit uns dahin wirken, die Arbeit

gerecht zu verteilen, und so zu organisieren, daß die Volkswirtschaft dabei gedeiht.“

Umbreit hebt aber vor allem hervor, daß die Kurzarbeit ein Opfer der Arbeiterschaft darstellt, ein Opfer, das die Kurzarbeiter sowohl ihrer Solidarität gegenüber der gesamten Arbeiterklasse bringen, wie ein Opfer für das gesamte Wirtschaftsleben.

Im allgemeinen können wir der Auffassung von Umbreit zustimmen. Hervorzuheben wäre aber noch, daß Herr Dr. Striemer, der sehr gemäßigte Rechtssozialist, mit seiner Methode ganz eng an die Seite der Kommunisten rückt. Auch sie verurteilen die Kurzarbeit, und mehrfach haben sie den Versuch gemacht, die Einführung von Kurzarbeit mit bloßwichtigen Aktionen, bestehend in der Besetzung der Betriebe zu beantworten. Wenn die Kommunisten aus anderen Gründen zu ihrer Auffassung kommen als Dr. Striemer, so sind die Wirkungen doch in beiden Fällen gleich. Die Nachteile der Teilung der Arbeiterschaft in eine Hälfte der Vollbeschäftigten und in eine andere Hälfte von Dauer-Arbeitslosen, auf die auch Umbreit hingewiesen hat, sind ungemein groß. Die Teilung muß die Solidarität unter der Arbeiterschaft vollkommen zerstören, die Arbeiterschaft in zwei einander feindliche Gruppen spalten und das Klassenbewußtsein vollends in leeren Dunst auflösen. Die Wirkungen der kommunistischen Propaganda zeigen sich schon daran, daß in der Tat in einzelnen Fällen ein starker Gegensatz der Arbeitslosen zu den Arbeitenden zutage trat. Darum ist es notwendig, daß die Kurzarbeiter der gesamten Arbeiterklasse dieses Opfer der Solidarität bringen, um die Klassen-solidarität der Arbeiterschaft damit selbst zu erhalten.

Wenn die Not der Kurzarbeiter außerdem ein gewaltiges Opfer für die Gesamtwirtschaft darstellt, so ist es auch die Pflicht der Gesamtheit, vor allem aber der Unternehmer, einen großen Teil dieser Last auf sich zu nehmen. Darum ist die vom A. D. G. B. aufgestellte Forderung von neuem in Erinnerung zu bringen, daß zwei Drittel des durch Kurzarbeit ausgefallenen Arbeitslohnes von den Unternehmern zu ersetzen sind.

Seit der Veröffentlichung dieser Forderungen des Gewerkschaftsbundes hat die Öffentlichkeit nichts mehr von dieser Angelegenheit gehört. Wir benutzen diese Gelegenheit, um einmal anzufragen, was der A. D. G. B. inzwischen zur Erfüllung seiner Forderungen getan hat, und was er weiter zu diesem Zwecke zu tun gedenkt. Nachdem Paul Umbreit selbst dem gewiß wichtigen Problem so große Aufmerksamkeit und soviel Raum seines Organes widmet, wird vielleicht auch einmal Raum und Zeit zur Verfügung sein, um die Arbeiterschaft über den Fortgang dieser Dinge zu unterrichten.

Aber auch an die durchgehende Verkürzung der Arbeitszeit muß erinnert werden. Der Achtstundentag muß zunächst in eine Vier- und vierstündigenwoche ausmünden, die bereits in vielen Berufen in den Vereinigten Staaten, und neuerdings durch auch in Australien in der Schwerindustrie durchgeführt wird. Wenn notwendig, muß die Arbeit Jugendlicher vor allem beschränkt und die Arbeitszeit allgemein herabgesetzt werden. Vor allem aber ist dem Streben der Unternehmer nach Beseitigung des Achtstundentages der größte Widerstand entgegenzusetzen.

Friedhofsarbeiterstreik

Die streikenden Friedhofsarbeiter Groß-Berlins tagten am Donnerstag in Schul' Festhölern am Königsgraben, um den Bericht über den Stand des Streiks entgegenzunehmen. Der Berichterstatter schilderte ausführlich den Verlauf der ersten Streikwoche. Nachdem sich 95 Prozent aller auf den Friedhöfen Beschäftigten für den Streik ausgesprochen haben, kann berichtet werden, daß diese auch reaktionlos und geschlossen den Kampf aufgenommen haben. Da die Herren Geistlichen der Kirchengemeinden sich bisher noch nicht bereit gefunden haben, mit den Friedhofsarbeitern Verhandlungen zur Beilegung des Streiks einzuleiten, so sind wir gezwungen, den Kampf mit den schärfsten Mitteln weiterzuführen. Das Eingreifen der Technischen Reichsanstalt auf einzelnen Friedhöfen stärkt unsere Kollegen nur das Rückgrat und sind sämtliche Streikende gewillt, durchzuhalten bis ihre gerechten Forderungen erfüllt sind.

Der Streik der Handelshilfsarbeiter

Der Streik in den Kauf- und Warenhäusern und Spezialgeschäften dauert unverändert weiter. Die Arbeitgeber rechneten bestimmt damit, daß am Donnerstag, den 24. März, eine große Anzahl Streikender sich wieder zur Arbeit melden werden, weil in den Kündigungsschreiben die trübselige Entlassung angedroht ist, falls die Arbeit nicht bis zum 24. d. M. aufgenommen wird. Die Streikenden haben sich aber auch durch dieses Mittel der Arbeitgeber nicht beunruhigen lassen, sie sind vielmehr fest entschlossen, den Kampf bis zum Erfolg durchzuführen. Mit welcher Erbitterung und Energie der Kampf geführt wird, zeigt am deutlichsten, daß viele von den Streikenden 30 Jahre und länger, in einem Fall sogar 50 Jahre, bei den Firmen beschäftigt sind und trotz der Androhung der trübseligen Entlassung sich nicht beängstigen ließen. Ja, geradezu musterhaft stehen die 600 Streikenden der Firmen K. Herzog und K. Jorale, von denen fast die Hälfte über 20 Jahre in den Betrieben beschäftigt sind. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch abgelehnt, die Arbeitnehmern dagegen angenommen. Vor den einzelnen Kauf- und Warenhäusern sind Streikposten aufgestellt, die das launische Publikum auf den Streik aufmerksam machen. Zu irgendwelchen Sitzungen ist es bisher noch nicht gekommen. Die Arbeitgeber haben durch Annoncen in den Zeitungen und auf den Arbeiternachrichten Arbeitskräfte, denen sie bis 300 M. pro Woche anbieten! Ein Beweis, daß sie wohl in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen; haben sich doch die Streikenden nach Abzug der Steuerbeträge bisher durchschnittlich mit der Hälfte begnügen müssen. Bei einigen größeren Firmen ist am Sonnabend, nachdem eine Verständigung erzielt wurde, die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen worden. Man rechnet, daß die Bewegung in den nächsten Tagen noch einen größeren Umfang annehmen wird, da am 31. März der Tarifvertrag der kaufmännischen Angestellten abläuft.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kalkb. Berlin. Verantwortlich für den Verlagsbetrieb: Rudolf Kowalewski, Berlin. — Verlags-gesellschaft „Arbeit“ e. V. o. B. Berlin. — Druck bei Verlags-Druckerei G. m. b. H., Berlin S. 2, Breite Str. 50.

Kukirol
besitzt einen schmerzstillenden und schmerzlos wirkenden Wirkstoff.
Hühneraugen
Hornhautschwächen & Wunden
In Apotheken & Drogerien erhältlich.

TRADITION

PROBLEM

Garantiert erste Qualität

